

**Dieter Dohmen, Berlin, 29.04.2020**

## **Kultusministerkonferenz: Politik muss dringend Konzepte zur Unterstützung von Eltern entwickeln**

Die Kultusministerkonferenz hat gestern ein sogenanntes Konzept vorgelegt, wie es in den kommenden Wochen in den Schulen weitergehen soll. Sie kommt damit dem Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz nach. Die Kernbotschaft der Kultusminister lautet: es wird bis zu den Sommerferien keinen geregelten Unterricht geben. Aber jedes Kind soll – im Idealfall – wenigstens an einem Tag pro Woche in die Schule gehen.

Mit anderen Worten: an mindestens vier Tagen sind die Schülerinnen und Schüler zuhause und müssen dort lernen. Die Eltern sind weiterhin fast jeden Tag beim sog. Homeschooling gefordert und müssen ihre beruflichen Anforderungen – sofern sie nicht in Kurzarbeit oder gekündigt sind – mit der Kindererziehung und der Lernbegleitung verbinden. Die vielen Kommentare von Eltern in den sozialen Medien zeigen, wie herausfordernd diese Aufgaben sind, die sie seit über sieben Wochen gezwungenermaßen erbringen. Je nach Bundesland gilt das für die kommenden acht bis zwölf Wochen.

Wenn es nun auch zu begrüßen ist, dass Eltern endlich eine solche Planungssicherheit haben, so bleibt unklar, wie sie diese Gradwanderung schaffen sollen, welche Folgen das für Eltern und Kinder hat und welche Unterstützungen sie in dieser Zeit erhalten werden.

Ja, es gibt Telefonhotlines unterschiedlicher Initiativen, einschließlich der Kultusministerien; Websites, die Eltern dabei helfen wollen, diese Herausforderungen zu meistern, wie z.B. die <https://elternhotline.de/> – dies kann aber ein übergreifendes politisches Konzept nicht ersetzen. Hier sind Kultusminister/innen und Familienminister/innen gleichermaßen gefordert. Dabei soll nicht übersehen werden, dass die Ursache für das bildungspolitische Versagen der letzten Jahre und Jahrzehnte zu einem erheblichen Teil bei den Vorgängerinnen und Vorgängern der jetzt amtierenden Ministerinnen und Minister lag. Die Bildungspolitik in ihrer derzeitigen Form ist an einem Endpunkt angekommen – statt Schönreden misslicher Lagen ist nunmehr die Entwicklung konkreter und funktionierender Konzepte und Strategien gefordert.

Konzeptionelle Ansätze, wie es gelingen könnte, gibt es an verschiedenen Stellen, u.a. im Papier von Klaus Hurrelmann und mir im Deutschen Schulportal (<https://deutscheschulportal.de/stimmen/das-deutsche-schulbarometer-hurrelmann-dohmen-corona-krise-verstaerkt-bildungsungleichheit/>) sowie im offenen Brief an die Elternvertretungen (<https://www.bildungsspiegel.de/news/weiterbildung-bildungspolitik/4158-wie-koennen-schule-und-elternhaus-in-corona-zeiten-zusammenarbeiten>). Hierzu braucht es aber auch eine funktionierende IT-Infrastruktur in den Schulen und bei den Schülerinnen und Schülern. Auch an dieser Stelle sind die bisher beschlossenen Maßnahmen leider völlig unzureichend und weitgehend wirkungslos. Hundert Millionen Euro hier und ein paar hundert Millionen dort sind zu wenig. Der Digitalpakt muss dringend aufgestockt und die Mittelbeantragung ebenso vereinfacht

*Dr. Dieter Dohmen ist Inhaber und Direktor des FiBS Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie ([www.fibs.eu](http://www.fibs.eu)) und geschäftsführender Gesellschafter der ElternHotline gGmbH i.G. ([www.ElternHotline.de](http://www.ElternHotline.de)).*

werden, wie die Beschaffung (<https://www.tagesspiegel.de/wissen/appell-von-bildungsforschern-schulschliessungen-wegen-corona-ja-unterrichtsausfall-nein/25655760.html>).